



Alexander Föhr
Mitglied des Deutschen Bundestags

Bericht aus Berlin

Dezember 2023



Liebe Leserinnen und Leser,

der erste Advent steht vor der Tür, aber von Besinnlichkeit ist hier im Deutschen Bundestag noch nichts zu spüren. Die Ampelkoalitionäre scheinen keinen Ausweg aus der Haushaltskrise zu finden, außer erneut die Schuldenbremse auszusetzen. In dieser Woche hat sich Bundeskanzler Scholz zwei Wochen (!) nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil mit einer Regierungserklärung erstmals vor dem Parlament dazu erklärt.

Erleichtert und dankbar bin ich für die Freilassungen erster Geiseln aus den Händen der Terrororganisation Hamas. Ich hoffe, dass auch die verbliebenen Geiseln bald zu ihren Familien zurückkehren können.

Auch habe ich mich wieder über Besuche aus dem Wahlkreis gefreut, unter anderem habe ich eine Studentengruppe und mehrere Schulklassen in Berlin begrüßt. Was sonst noch so los war, entnehmen Sie den folgenden Seiten.

Viel Spaß beim Lesen des Newsletters und Ihnen und Ihren Familien wünsche ich einen friedlichen und schönen 1. Advent.

Ihr

Alexander Föhr



Ampel ohne Plan und Visionen

Regierungserklärung zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Auch wenn die förmlichen Beratungen zum Bundeshaushalt 2024 auf unseren Druck hin von der Tagesordnung abgesetzt wurden, stand diese Sitzungswoche dennoch ganz im Zeichen der Haushaltspolitik. Am Dienstag gab Kanzler Olaf Scholz rund zwei Wochen nach dem historischen Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine Regierungserklärung ab – und das auch erst nach der schriftlichen Aufforderung durch unsere Fraktion. Meine Erwartungen waren schon nicht hoch, wurden aber noch untertroffen. Statt Lösungen zu präsentieren war die Erklärung von Olaf Scholz unmotiviert, uninspiriert und rückwärts gewandt. Statt Selbstkritik hat der Bundeskanzler sich in Rechtfertigungen für die schwierige Haushaltslage verloren und letztlich nur gesagt, wo man nicht kürzen werde.

Auch von den anderen Rednern der Regierungsparteien SPD, FDP und Grünen hätte ich mehr erwartet. Es kamen aber vor allem Schuldzuweisungen in Richtung der Opposition. Das muss man sich wirklich einmal durch den Kopf gehen lassen – die Regierung wirft der Opposition vor, dass sie die Pläne der Ampel auf ihre Verfassungsmäßigkeit hat überprüfen lassen.

Die Regierung kämpft nun mit gewaltigen Problemen bei der Finanzierung zentraler Vorhaben. Betroffen sind vor allem solche zur Abfederung der Energiekrise und zur klimaneutralen Transformation der Wirtschaft, die mit den Trickereien und durch Verfassungsbruch hätten finanziert werden sollen. Es ist bei richtiger Prioritätensetzung allerdings auch möglich, diese aus dem eigentlichen Haushalt zu finanzieren.

Für 2023 hat die Regierung jetzt einen Nachtragshaushalt vorgelegt. Der Haushaltsentwurf für 2024 muss auf völlig neue Füße gestellt werden. Es ist bislang unklar, ob und auf welche Weise die Regierung die Schuldenbremse des Grundgesetzes einhalten will. Das Regierungsversagen wird immer größer und deutlicher. Friedrich Merz hat es in der Bundestagsdebatte Richtung Kanzler auf den Punkt gebracht: „Sie können es nicht.“



Abbau überflüssiger und belastender Bürokratie

Antrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland

Die Ziele der Ampel waren groß, die bisherige Umsetzung in meinen Augen eine Katastrophe. Ein Beispiel dafür ist der versprochene Bürokratieabbau. Denn das Gegenteil ist nun eingetreten, wie der Normenkontrollrat festgestellt hat. Die deutsche Wirtschaft ist mit immer weiter steigenden Belastungen durch Bürokratie konfrontiert. Der sogenannte Erfüllungsaufwand ist im Zeitraum 2021/22 von rund 6,7 auf etwa 17,4 Milliarden Euro angestiegen, wie dem Jahresbericht 2022 zu entnehmen ist. Dieser Anstieg für unsere Unternehmen fällt deutlich höher aus als in den Jahren zuvor. Eine Steigerung verbleibt selbst noch nach Abzug der durch die Mindestlohnentwicklung verursachten Mehrkosten. Dies bekomme ich auch immer wieder in Gesprächen im Wahlkreis gespiegelt: Überbordende Dokumentations-, Melde- und Aufbewahrungspflichten, lange Verfahrensdauern sowie Vollzugs- und Umsetzungsprobleme in Behörden belasten unsere Betriebe und damit unsere gesamte Wirtschaft. Dies betrifft alle Bereiche, vom Selbstständigen bis hin zu großen Unternehmen. Das schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland und kostet Unternehmen unnötig Geld, Zeit, Nerven und Personal. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb: In diesem Jahrzehnt müssen wir es schaffen, dass sich die Wirtschaft mehr auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, neue Ideen umsetzen und Arbeitsplätze sichern kann.

Behördenkommunikation und das Ausfüllen von Formularen dürfen nicht weiter Überhand nehmen. Der Bürokratieabbau ist und bleibt eine Daueraufgabe. Er kostet wenig, kann erhebliche Erleichterungen bringen und wirkt wie ein Konjunkturprogramm. Richtig gemacht, kann er gerade in Krisenzeiten einen Beitrag zur Entfesselung der deutschen Wirtschaft und damit zu neuem Wirtschaftswachstum sowie für mehr Klimaschutz leisten.



Aktionsplan Robotikforschung

Integration von KI birgt für Deutschland riesiges Potenzial

Auch wenn die kritischen Gesichter meiner beiden Kollegen es nicht vermuten lassen - im Ausschuss für Bildung und Forschung stand in dieser Woche mit der Beratung zum „Aktionsplan Robotikforschung“ ein Thema auf der Tagesordnung, bei dem wir sehr positiv in die Zukunft schauen können.

Deutschland ist der größte Robotik-Markt in Europa und weist die weltweit vierthöchste Roboterdichte auf. Das hat auch viel mit unserer Robotikforschung zu tun, die direkt an mehreren Standorten in Deutschland exzellent und international absolut wettbewerbsfähig ist. Auch, so viel Eigenlob sei mir hier gestattet, Ergebnis eines 16 Jahre lang von der CDU geführten Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Im Jahr 2005 umfasste der Haushalt des BMBF 8,5 Milliarden Euro. Im Jahr 2021 waren es über 20 Milliarden. Eine Steigerung von rund 140 Prozent. Was trotz Schuldenbremse unter der Union alles möglich war...

Die Ampelregierung hat jetzt den Aktionsplan „Robotikforschung“ vorgestellt. Die Forschung in diesem Bereich soll stärker gebündelt und die finanzielle Förderung strategischer ausgerichtet werden. Ziel ist, die internationale Sichtbarkeit unserer Top-Forschungsstandorte zu erhöhen und Synergieeffekte zu nutzen. Vor dem Hintergrund der noch einmal gestiegenen Bedeutung der Robotik, gerade durch die Quantensprünge in der KI-Technologie, stehe ich als Berichterstatter meiner Fraktion diesen Plänen grundsätzlich offen gegenüber.

Entscheidend wird sein, dass der Aktionsplan tatsächlich mehr ist als eine neue Förderrichtlinie und neuer Verwaltungsaufwand, dass er Mehrwert schafft. Die Debatte im Ausschuss hierzu können Sie in der [Mediathek](#) des Bundestages jederzeit nachverfolgen.



Praktikantenbericht



Zwischen Heidelberg und Berlin – Blick hinter die Kulissen der Bundespolitik

Wie arbeitet eigentlich ein Bundestagsabgeordneter?“ – Diese Frage wollte ich in meinem achtwöchigen Praktikum für mich beantworten.

Ich bin Georg, wohne in Ilvesheim und bin Student am Heidelberg Center for American Studies der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg.

Da ich schon seit längerem Interesse an Politik habe und auch selbst als Gemeinderat

aktiv bin, war es mir eine besondere Freude, unserem Abgeordneten Alexander Föhr bei seiner Arbeit im Wahlkreis und in Berlin über die Schulter schauen zu können. Hier konnte ich mich an Entwürfen für Mails versuchen, durfte Recherchen zu aktuellen politischen Themen durchführen und Herrn Föhr zu Veranstaltungen begleiten. Vom Team in Berlin wurde ich herzlich aufgenommen und habe mich von Anfang an aktiv an der Arbeit beteiligen können. Besuche von Plenardebatten standen ebenfalls auf der Agenda, so durfte ich unter anderem die Rede von Herrn Föhr zum AfD-Antrag „Gender-Ideologie“ von der Zuschauertribüne aus verfolgen.

Neben den spannenden Einblicken in die Bundespolitik werden mir vor allem die Zeit mit den lieben Kollegen, die informellen Gespräche mit weiteren Abgeordneten und die interessanten Termine im ganzen Wahlkreis eindrucksvoll im Gedächtnis bleiben. Herzlichen Dank Alexander, Christina, Clara, Benedict und Justus. :)



Termine im Wahlkreis

Heute Nachmittag geht es zurück in die Heimat, denn am Abend stehen direkt zwei Termine an: in Heidelberg geht es für mich zum Beirat von Menschen mit Behinderung und in Laudendach zu einem Adventsabend.

Am Wochenende stehen zwei Termine an. In Weinheim findet die Sportlerehrung für das Jahr 2023 statt und in Heidelberg treffe ich mich mit Aktiven des Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Der direkte Kontakt an die Universitäten und Hochschulen ist mir als Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung sehr wichtig.

In der Wahlkreiswoche v. 4. Dezember stehen wieder viele Termine an, von denen ich gar nicht alle hier aufzählen könnte. Daher eine kleine Auswahl: der Montag startet mit einem Schulbesuch an der Elisabeth-von-Thadden-Schule in Heidelberg. Im Anschluss habe ich einen Termin mit der Regierungspräsidentin Sylvia Felder in Karlsruhe. Am Dienstag bin ich zu Gast bei einer Versammlung der Schornsteinfegerinnung. Am Mittwoch steht neben einem weiteren Schulbesuch (Waldparkschule in Heidelberg) ein Gespräch am Forschungsinstitut „Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)“, gemeinsam mit meinem Kollegen Moritz Oppelt MdB, in Mannheim an. Am Donnerstag besuche ich gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Weinheim, Manuel Just, ein Mehrgenerationenhaus. Wenn Sie, liebe Leserinnen und Leser, oder Freunde und Bekannte von Ihnen jetzt noch CDU-Mitglied werden, dann treffen wir uns gern am Freitag, den 8. Dezember, zum Neumitgliederabend der CDU Kreisverbände Heidelberg und Rhein-Neckar.

Am Samstag bin ich zu Gast bei dem Sozialverband VdK in Weinheim. Der Sonntag gehört ganz der Familie. Wir feiern den Geburtstag meiner Frau Patricia!



Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie in Zukunft diesen Newsletter beziehen möchten, melden Sie sich bitte über meine Homepage an. Über diesen [Link](#) kommen Sie direkt auf die entsprechende Seite. Geben Sie den Link auch gerne weiter!

KONTAKT

Berliner Büro

Anschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: alexander.foehr@bundestag.de

Telefon: 030 227 75830

Wahlkreisbüro

Anschrift: Gewerbestraße 2-4, 69221 Dossenheim

E-Mail: alexander.foehr.wk@bundestag.de

Telefon: 06221 608080